

*Infoletter der Nationalratsabgeordneten
Mag^a Christine Muttonen
10/2012 (III)*



PARLAMENTSMAIL

Liebe FreundInnen!

Nach der Sondersitzung am Montag folgten am Dienstag und Mittwoch gleich zwei weitere reguläre Sitzungstage.

Themen waren dieses Mal unter anderem das Budget 2013, die Volksbefragung über die Zukunft des Bundesheers und die Verbesserung der Rechte und des Schutzes von LeiharbeiterInnen.

Natürlich gilt auch dieses Mal: um Weiterleitung an alle Interessierten wird gebeten!! Der Infoletter ist zudem auf meiner Webseite www.christine-muttonen.at abrufbar.

Christine

FACTS BY MAIL - NEWS AUS DEM SPÖ-KLUB

Am 16. und 17. Oktober trat der Nationalrat zu Plenarsitzungen zusammen. Am Dienstag präsentierte die Finanzministerin dem Parlament in ihrer Budgetrede das Budget 2013. In der Folge wurden weitere Vorlagen aus dem Finanzausschuss diskutiert. Ebenfalls beschlossen wurde die Volksbefragung über die Zukunft des Österreichischen Bundesheers. Aus dem Sozialausschuss lag eine Vorlage zum Beschluss vor, die die Situation der LeiharbeiterInnen maßgeblich verbessert. Es folgten Materien aus dem Tourismus-, Wissenschafts- und außenpolitischen Ausschuss. Am Mittwoch stand als erster Tagesordnungspunkt das Ende des Untersuchungsausschusses zur Klärung von Korruptionsvorwürfen auf der Tagesordnung. In der Folge wurden in einer Ersten Lesung wesentliche Eckpunkte des Budgets 2013 diskutiert.

Am Mittwoch ist der „**Untersuchungsausschuss zur Klärung von Korruptionsvorwürfen**“ mit einer **Schlussbilanz** des Vorsitzenden des Ausschusses zu Ende gegangen – mit 132 Zeugen an insgesamt 53 Sitzungstagen und fast 1,6 Millionen durchgearbeiteten Aktenseiten der wohl **bisher arbeitsintensivste Untersuchungsausschuss**. „Alle Vorwürfe, die unter dem Titel der schweren Korruption stehen, sind abgearbeitet und gerichtsanhängig“, erklärte SPÖ-Fraktionsführer Otto Pendl in seiner Rede und betonte zudem, dass „ein großer qualitativer Unterschied besteht, ob man ein Inserat schaltet, oder viele Millionen in die eigene Tasche steckt.“

Die Arbeit des Untersuchungsausschusses wurde nicht nur von unabhängigen Experten wie dem Leiter der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft Walter Geyer und einer Vielzahl von KommentatorInnen als wertvoll gelobt. Auch Gabriela Moser von den Grünen sprach vom **erfolgreichsten Untersuchungsausschuss der Zweiten Republik**. Zu Allererst liegt der Erfolg des Ausschusses in den **gesetzlichen Konsequenzen**, die erstmals schon parallel zur Arbeit des Ausschusses gezogen wurden. Zum im Juni beschlossenen **Transparenzpaket** gehören **neue Unvereinbarkeitsregeln** und **Offenlegungspflichten für MandatarInnen**, ein europaweit **vorbildliches Parteiengesetz**, das die Finanzierung der politischen Parteien offen und transparent gestaltet, die Einführung eines verpflichtenden **Lobbyistenregisters** sowie deutliche **Verschärfungen im Korruptionsstrafrecht**. Bereits im Dezember 2011 wurde das **Medientransparenzpaket** beschlossen, mit dem die Inseratenvergabe öffentlicher Stellen nachvollziehbar gestaltet wird.

In der Folge wurden in einer **Ersten Lesung** wesentliche **Eckpunkte des Budgets 2013** diskutiert. Österreich zählt dabei zu den wenigen Ländern in Europa, die bei **geringer Arbeitslosigkeit und hoher Beschäftigung** eine **positive Budgetentwicklung** zu verzeichnen haben. Das österreichische Budget wurde nach den Grundsätzen **Sinnvolles Sparen und Investieren** erstellt. Mit dem Budget verfolgt die Bundesregierung sowohl eine **Wachstums-** als auch **Konsolidierungsstrategie**. Von 2010 auf 2011 wurde das **Budgetdefizit von 4,5 Prozent auf 2,5 Prozent des BIP reduziert**, **2012** wird es voraussichtlich knapp über **3 Prozent des BIP** liegen und im Jahr 2013 soll das gesamtstaatliche Maastricht-Defizit schließlich auf 2,3 Prozent rückgeführt werden. Im kommenden Jahr wirken erstmals auch die **vermögens- und finanzmarktbezogenen Steuern**, die die SPÖ im Zuge des Stabilitätspakets 2012-2016 durchgesetzt hat. Insgesamt zwei Milliarden Euro können aus diesen gerechten Einnahmen lukriert werden (erhöhte Bankenabgabe, Abgeltungssteuer, Immo-Spekulationssteuer, Solidarbeitrag von SpitzenverdienerInnen, Einschränkung Gruppensteuer). Ab 2014 ist außerdem die **Finanztransaktionssteuer** (FTS) eingeplant, die sich nun in der Umsetzung befindet.

Die wichtigsten Beschlüsse vom Dienstag, 16.10.12

Ein Profi-Heer für Österreich! - Volksbefragung am 20. Jänner 2013 ([1918 d.B.](#))
Am Dienstag beschloss der Nationalrat die **Volksbefragung** über die **Zukunft des Bundesheeres** – diese findet am **20. Jänner 2013** statt. Die SPÖ tritt für ein **Profi-Heer mit einer starken freiwilligen und professionellen Miliz** ein. Das Bundesheer der Zukunft ist ein schlankes, effizientes und professionelles Bundesheer ohne Wehrpflicht. Seit Ende des Kalten Krieges gibt es keine konventionellen militärischen Bedrohungen mehr. Die aktuellen verteidigungspolitischen Herausforderungen – Cyberkriminalität, Terrorismusbekämpfung, Auslandseinsätze, Umweltkatastrophen – fordern **SpezialistInnentum** mit höchster **Professionalität**, die von GrundwehrdienerInnen mit zwei Monaten Ausbildung und vier Monaten Dienstzeit nicht erwartet werden kann. **Derzeit** sind 60 Prozent der **GrundwehrdienerInnen** als **SystemerhalterInnen** – KöchInnen, KellnerInnen, FahrerInnen oder SchreiberInnen – tätig. Auch der internationale Trend ist eindeutig: **21 von 27 EU-Mitgliedstaaten haben bereits Profi-Armeen**. Das Profi-Heer kann noch besser für die Sicherheit der Bevölkerung sorgen, denn **gut ausgebildete Berufs- und ZeitsoldatInnen** ersetzen zwangsverpflichtete GrundwehrdienerInnen. Es geht um das Schicksal junger Menschen und ihre **Zukunfts- und Lebensplanung** sowie um die Sicherheit, den Katastrophenschutz und den sozialen Dienst in Österreich.

Mehr Rechte und Schutz für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter ([1947 d.B.](#))

Mit diesem Gesetz dürfen Unternehmen bezüglich wesentlicher Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen künftig **keine Unterschiede** mehr **zwischen dem Stammpersonal und Leiharbeiterinnen** machen. Österreich setzt damit eine EU-Richtlinie um. Künftig müssen LeiharbeiterInnen 14 Tage im Vorhinein über das Ende ihres Einsatzes informiert werden und es gibt einen **Sozial- und Weiterbildungsfonds**, mit dem ein Anreiz für die Aufrechterhaltung der Arbeitsverhältnisse während der Stehzeiten geschaffen wird. Damit werden Teile der Lohnkosten ersetzt, wenn Firmen die ArbeitnehmerInnen bis zum Beginn eines neuen Einsatzes weiter bezahlen. Das **Diskriminierungsverbot** gilt nicht nur für die **Bezahlung** und für **Arbeitszeit- und Urlaubsregelungen**, sondern grundsätzlich auch für sonstige **Betriebsvergünstigungen** wie etwa den Zugang zu verbilligtem Kantinenessen, angebotenen Beförderungsmitteln und betrieblichen Kinderbetreuungseinrichtungen. Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter sind besonders häufig **sexistischen** oder **rassistischen Übergriffen** ausgesetzt, daher wurde der Diskriminierungsschutz notwendig. Mit der neuen Regelung können **Betriebe, die Diskriminierungen zulassen, scharf bestraft** werden.

Meldepflicht für OTC-Derivate und Transaktionsregister bringen Licht in Finanzmärkte ([1924 d.B.](#))

In der Vergangenheit sind **90 Prozent des Derivatehandels an jeglicher Kontrolle vorbei** passiert. Mit der beschlossenen Verordnung – die aufgrund einer EU-Verordnung notwendig wurde – sollen **Risiken und Spekulationen auch im Rohstoff- und Nahrungsmittelbereich verringert** werden. Dafür braucht es eine effektive Kontrolle und straffe Regulierungen. Diese **neue Meldepflicht** bei einem Transaktionsregister für OTC-Derivate ist ein weiterer Schritt und bringt mehr Licht in Finanzmärkte. „Überwacht“ wird dieses Transaktionsregister auf EU-Ebene von der Europäischen Wertpapieraufsicht (ESMA) und in Österreich von der FMA. Um eine nachhaltige Stabilität auf den Finanzmärkten zu erreichen und die Risiken für gesamte Volkswirtschaften zu minimieren, fordert die SPÖ eine Genehmigungspflicht für alle Finanzprodukte.

Weitere Beschlüsse

Notwendige Anpassung von Schilling auf Euro – Novelle Bundesschatzscheingesetz [\(1919 d.B.\)](#)

Weil im alten Gesetz die Bundesschatzscheine in Schillingbeträgen ausgewiesen wurden, wurde eine Anpassung notwendig. Der derzeit geltende maximale Rahmen von 363 Millionen Euro wird für künftige Finanzierungszusagen an internationale Organisationen auf 500 Millionen Euro angehoben.

Transparenzportal deckt Fördermissbrauch auf – Transparenzdatenbankgesetz 2012 [\(1923 d.B.\)](#)

Mit dem Transparenzportal sollen Förderinstrumente auf Notwendigkeit, Effizienz und Effektivität überprüft werden. Die SPÖ konnte mit einem Abänderungsantrag die Veröffentlichungspflicht der statistischen Auswertungen der Transparenzdatenbank durchsetzen. Mit der Transparenzdatenbank will man vor allem Informationen zu Förderungen und Transfers der öffentlichen Hand zusammenstellen und Verwaltungsprozesse vereinfachen.

Höhere Beiträge an internationale Organisationen [\(1920 d.B.\)](#) [\(1921 d.B.\)](#)

Österreich zahlt künftig mehr an internationale Organisationen. So steigt die österreichische IWF-Quote von 2,1 Mrd. an so genannten Sonderziehungsrechten auf 3,9 Mrd. Mehr Geld gibt es auch für internationale Entwicklungsfonds. Österreich trägt im Zeitraum 2013 bis 2021 16 Mio. zum Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung und 32 Mio. zum Asiatischen Entwicklungsfonds bei.

Änderung des Übereinkommens zur Errichtung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung [\(1922 d.B.\)](#)

Hierbei geht es um die Ausweitung des Aktionsradius der Programme für die Förderung des Arabischen Frühlings in jenen Ländern, die Vorgaben wie mehr Parteidemokratie, Marktwirtschaft und Ähnliches erfüllen. Das hat keine finanziellen Auswirkungen auf Österreich, weil ausschließlich das Programmgebiet erweitert wird. Außerdem ist Entwicklungshilfe keine Einbahnstraße: Während Österreich 143 Mio. Euro Kapital eingezahlt hat, profitiert die österreichische Wirtschaft in den letzten Jahren mit Aufträgen von rund 100 Millionen Euro jährlich von den Programmen der Europäischen Entwicklungsbank.

Vertrag mit Deutschland: Bekämpfung der grenzüberschreitenden Schwarzarbeit – Bekämpfung der grenzüberschreitenden illegalen Leiharbeit [\(1925 d.B.\)](#) [\(1926 d.B.\)](#)

ExpertInnenschätzungen gehen davon aus, dass die grenzüberschreitende Schwarzarbeit, die illegale Leiharbeit, die wachsende Schattenwirtschaft und der damit einhergehende Sozialbetrug einen Schaden in Millionenhöhe anrichten. Um diesen grenzüberschreitenden Steuerbetrug bekämpfen zu können, bedarf es einer gut funktionierenden zwischenstaatlichen Zusammenarbeit. Für die Vollziehung dieses Vertrages werden zentrale Anlaufstellen im jeweiligen Vertragsstaat eingerichtet, eine gemeinsame Vor-Ort-Prüfung ist ebenso möglich.

Des Weiteren wurden die **Doppelbesteuerungsabkommen** mit **Georgien** [\(1927 d.B.\)](#), **Hongkong** [\(1928 d.B.\)](#), der **Schweiz** [\(1929 d.B.\)](#) und **Zypern** [\(1930 d.B.\)](#) geändert. Alle diese Abkommen entsprechen nun den neuen OECD-Standards hinsichtlich der Transparenz und Amtshilfebereitschaft.

Gütesiegel für Alten- und Pflegeheime – Novelle Bundes-Seniorengesetz [\(1949 d.B.\)](#)

Mit dem Bundes-Seniorengesetz erhalten Alten- und Pflegeheime künftig die Möglichkeit, freiwillig an einem externen Bewertungsverfahren teilzunehmen, um ein bundesweit geltendes Qualitätszertifikat zu bekommen.

Verbesserungen für BezieherInnen von Kleinstpensionen [\(1950 d.B.\)](#)

Durch dieses Gesetz wird verhindert, dass es durch die besondere Pensionsanpassung vom 1.10.2012 bei den einkommensabhängigen Renten in der Sozialentschädigung zu Rentenminderungen kommt. Diese Ausnahmeregelung kommt ca. 4.300 KleinstpensionistInnen zugute.

Arbeitsgruppe zur Weiterentwicklung des Behindertengleichstellungsrechts [\(1956 d.B.\)](#)

Dieser Entschließungsantrag sieht vor, dass zur Weiterentwicklung des Behindertengleichstellungsrechtes auf Basis der im Nationalen Aktionsplan Behinderung enthaltenen Zielsetzungen und Maßnahmen eine Arbeitsgruppe unter Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen eingerichtet wird.

Rechtsgrundlage für Beglaubigung von Urkunden – Konsularbeglaubigungsgesetz [\(1945 d.B.\)](#)

Ziel dieser Regierungsvorlage ist die Schaffung einer spezifischen Rechtsgrundlage und klarer Regelungen für die Beglaubigung von Urkunden sowohl durch das Außenministerium als auch durch die Konsularbehörden.

Fakultativprotokoll zum Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe [\(1940 d.B.\)](#)

Mit diesem Beschluss wurde das UN-Fakultativprotokoll ergänzt. Mittels der Schaffung eines Systems regelmäßiger Besuche von internationalen und nationalen Stellen an so genannten „Orten der Freiheitsentziehung“ sollen Präventionsmechanismen errichtet werden, die Folter und andere grausame Behandlungen erheblich erschweren.

Abkommen kultureller Austausch mit Mexiko [\(1941 d.B.\)](#)

Das Kulturabkommen zwischen Österreich und Mexiko aus dem Jahr 1975 soll ergänzt werden, um eine geplante Leihgabe der Montezuma-Federkrone an Mexiko zu ermöglichen. Mit dem Vertrag soll ein rechtlicher Rahmen geschaffen werden, der im Falle einer Verleihung des historischen Kopfschmucks, die reibungslose Rückführung des kostbaren Kulturguts nach Österreich sicherstellt.

Ergänzung Kulturabkommen zwischen Österreich und Albanien [\(1942 d.B.\)](#) [\(1943 d.B.\)](#)

Das seit 2005 bestehende Kulturabkommen mit Albanien soll ergänzt werden, um einen befristeten Leihverkehr von Kulturgütern zu ermöglichen und den rechtlichen Rahmen dafür festzulegen. Hintergrund ist der steigende Bedarf an Rechtssicherheit, insbesondere im Ausstellungsbereich im Zusammenhang mit Kulturgüterleihen.

Einhaltung der UN-Konvention Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen [\(1946 d.B.\)](#)

In diesem Entschließungsantrag wird die Justizministerin ersucht, das bestehende Sachwalterschaftsrecht insbesondere betreffend den Ausschluss der Geschäftsfähigkeit einer Prüfung zu unterziehen und dem Nationalrat das Ergebnis mitzuteilen bzw. eine Novelle des Sachwalterschaftsrecht zuzuleiten.

Übernahme der MedAustron-Anteile von Wiener Neustadt – MedAustron GmbH-Gesetz [\(1938 d.B.\)](#)

Durch dieses Gesetz wird der Wissenschaftsminister ermächtigt, die Geschäftsanteile der Stadt Wiener Neustadt an der Projektentwicklungsgesellschaft „MedAustron GmbH“ rückwirkend mit 1.1.2012 zu übernehmen. Daraus entsteht dem Bundeshaushalt bis 2014 eine Belastung von etwas mehr als 450.000,- €. Die Stadt Wiener Neustadt hält derzeit 17 Prozent der Projektentwicklungsgesellschaft.

Darüber hinaus wurde der **Konsularvertrag** zwischen **Österreich und Rumänien** einvernehmlich **beendet** [\(1944 d.B.\)](#) und ein **Abkommen mit Albanien** über **wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit** abgeschlossen. [\(1939 d.B.\)](#)

Behandelte Berichte

Bericht über die Lage der Tourismus- und Freizeitwirtschaft in Österreich 2011 – Hoher Frauenanteil, Kurzzeitbeschäftigungen, sinkende Arbeitszufriedenheit ([III-326/1915 d.B.](#))

Der Tourismusbericht 2011 zeigt die wichtigsten Entwicklungen in der Tourismusbranche. Das sind die Zunahme geringfügig Beschäftigter, ein hoher Frauenanteil (59 Prozent) – wobei der Großteil der Führungskräfte männlich ist – und die deutlich sinkende Arbeitszufriedenheit. Ein Drittel der im Beherbergungs- und Gaststättenwesen Beschäftigten strebt einen Berufswechsel an, nur für 27 Prozent der Arbeitskräfte im Tourismus ist das Einkommen derzeit existenzsichernd.

Reden

Rede vom 16.10.2012 zu Syrien und zum Verleih der Federkrone Montezumas an Mexiko

Abgeordnete Mag. Christine Muttonen (SPÖ): Frau Präsidentin! Herr Außenminister! Meine Damen und Herren! Ich komme gleich auf die Änderung des bisherigen Kulturabkommens mit Mexiko zu sprechen, möchte vorher nur kurz die Entscheidungen zu Syrien ansprechen, die gestern auf dem Treffen der EU-Außenminister beschlossen wurden. Ich begrüße ausdrücklich die weiteren Sanktionen, die gestern gegen das Assad-Regime beschlossen wurden. Allerdings hätte ich mir von allen scharfe und klare Worte zu den Vorwürfen, die syrische Regierung wende Streumunition gegen die eigene Bevölkerung an, gewünscht.

Meine Damen und Herren! Die sogenannte Federkrone Montezuma ist ein außerordentlich wertvolles Kulturgut für Österreich und im besonderen Maße natürlich für die indigene Bevölkerung Mexikos. Sie sollte nicht Gegenstand von Streit sein zwischen beiden Ländern, sondern ein Anlass zu Kooperation.

Über das Anliegen Mexikos, die Federkrone im eigenen Land ausstellen zu können, wurde schon über Jahre auch hier im Parlament diskutiert. Ich begrüße es daher sehr, dass sich beide Regierungen nun auf ein international vorbildhaftes Rahmenabkommen einigen konnten, das den gegenseitigen befristeten Leihverkehr von Kulturgütern regelt.

Mit diesem Abkommen haben wir nun einen festen rechtlichen Rahmen, der, sollte die Federkrone tatsächlich verliehen werden, für Klarheit sorgt. Damit haben beide Länder die Voraussetzung dafür geschaffen, die langjährige Kontroverse über die Federkrone zur Zufriedenheit aller beenden zu können. An ihre Stelle sollte nun eine intensivere kulturelle Kooperation treten, die für beide Seiten fruchtbar und gewinnbringend ist.

Ob die Federkrone letztendlich an Mexiko ausgeliehen werden kann, das wird die Wissenschaft entscheiden. Wir haben heute schon gehört, eine Studie der TU hat ergeben, dass die Federkrone nicht auf dem Luftweg transportiert werden kann, aber es wird jetzt geprüft, ob der See- oder der Landweg möglich ist. Physikalische Gesetze können wir nicht ändern, politische Gesetze hingegen schon. An mangelnden rechtlichen Rahmenbedingungen soll der Verleih der Federkrone in Zukunft jedenfalls nicht mehr scheitern müssen. – Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Pressemeldungen und Veranstaltungen:

[Muttonen : Konvent soll umfassende EU-Reform vorbereiten \(17.10.2012\)](#)

Besuch des Präsidenten des Europäischen Parlaments, Martin Schulz



© Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/ Mike Ranz

Hoher Besuch stand am vergangenen Donnerstag ins Haus. Der Präsident des Europäischen Parlaments nahm an der Sitzung des EU-Hauptausschusses teil und stellte sich den Fragen der Abgeordneten. In seiner Rede unterstrich der Präsident, wie notwendig es ist auf europäischer Ebene zusammenzuarbeiten. Nur so könnten die großen Herausforderungen, vor allem im Bereich des weltweiten Handels, der Umwelt, der Migration und der Währungsbeziehungen

gemeistert werden. Auch die Sozialmodelle der europäischen Staaten könnten wir nur noch gemeinsam erfolgreich gegenüber dem zunehmenden internationalen Druck verteidigen. Die EU müsse die Nationalstaaten wo nötig, sinnvoll ergänzen, jedoch nicht ersetzen. In diesem Zusammenhang schloss Schulz auch nicht aus, dass Kompetenzen wieder an die Nationalstaaten zurückübertragen werden können, wenn dies sinnvoll ist. Wichtig sei vor allem, dass die EU demokratischer werde. Das europäische und die nationalen Parlamente müssten daher insbesondere gegenüber den exekutiven Gewalten in der EU gestärkt werden. Ausdrücklich lobte Martin Schulz auch das europapolitische Engagement von Kanzler Werner Faymann. Dass sich die Finanztransaktionssteuer langsam europaweit durchsetze und demnächst auch in 11 EU-Ländern umgesetzt werde, sei zu großen Teilen ein Verdienst des sozialdemokratischen Bundeskanzlers, erklärte der Präsident des Europäischen Parlaments.

42. Bundesparteitag der SPÖ



Mehr Gerechtigkeit! Verantwortung für Österreich und für Europa! Unter diesem Titel fand am vergangenen Samstag der 42. Bundesparteitag der SPÖ in St. Pölten statt.

Mit dabei waren auch zahlreiche Genossinnen und Genossen aus Kärnten. Die Leitanträge und die Reden von Bundeskanzler Werner Faymann und vom Gastredner, dem Präsidenten des Europäischen Parlaments Martin Schulz, könnt [lhr](#) hier abrufen.

Villacher SchülerInnen zu Besuch



Am 15. Oktober habe ich in aller Frühe Besuch aus meiner Heimat bekommen. Die Schülerinnen und Schüler der 7. Klasse des Perau-gymnasiums in Villach besuchten im Rahmen der Wienwoche den Nationalrat. Neben einer Führung durch das Parlamentsgebäude nutzte die Klasse die Gelegenheit mich über die genauen Tagesabläufe des Parlaments und meine Arbeit als Abgeordnete auszufragen.

Vorbereitungstreffen zum Besuch des kasachischen Staatspräsidenten

Am Dienstag, dem 16. Oktober, habe ich mich mit Vertretern der kasachischen Botschaft und der kasachischen Medien getroffen. Dabei ging es vor allem darum den anstehenden Parlamentsbesuch des kasachischen Staatspräsidenten Nursultan Nasarbajew, am kommenden Montag, vorzubereiten. Außerdem haben wir darüber gesprochen, wie die politischen Beziehungen zwischen dem kasachischen und dem österreichischen Parlament vertieft werden können.



Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:
Büro Abg.z.NR Christine MUTTONEN
Parlament, Dr.-Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien
www.christine-muttonen.at